

Swissmem-Industrietag vom 24. Juni 2010, Messezentrum Zürich

Eröffnungsrede von Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann, Präsident Swissmem

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Freunde und Gäste des Werk- und Denkplatzes Schweiz

Es ist mir eine grosse Freude, auch an diesem vierten Industrietag der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie so viele bekannte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft begrüßen zu dürfen.

Herzlich willkommen.

Dass Sie wiederum so zahlreich erschienen sind zeigt, dass wir auch in schwieriger Zeit Freunde haben.

Ihre Treue schafft Vertrauen, Energie und Schub für die Zukunft.

Zuversicht und Vertrauen brauchen wir, um nach den schwierigen 18 Monaten wieder richtig auf die Beine zu kommen. Auch wenn die Zahlen, die wir kürzlich veröffentlichen konnten, wieder nach oben zeigen – der Weg dorthin, wo wir vor der Krise standen, ist noch weit.

Der Weg ist nicht nur weit, er ist auch anspruchsvoll und ihn erfolgreich zu gehen, wird viel von uns abverlangen.

Natürlich – es ist ja nicht das erste Mal, dass wir mit unserer Industrie unter Druck stehen. Krisen gehören zu unserer Geschichte, einer Geschichte, die uns gelehrt hat, uns immer wieder anzupassen. Aber ich glaube doch, dass sich die heutige Situation in vielem von früheren Krisen unterscheidet.

Der Euroraum und seine Volkswirtschaften sind allesamt hoch verschuldet. Sogar Deutschland beschloss vor wenigen Tagen ein 80 Milliarden Austeritätsprogramm. Also auch grosse europäische Länder überraschen die Märkte mit einschneidenden Sparprogrammen. Dass die Staatsfinanzen nur mit Sparen wieder ins Lot zu bringen sind, ist klar. Und gesunde Staatsfinanzen sind für mich als bürgerlicher Politiker eine Priorität.

Ich hoffe aber sehr, dass der zarte Konjunkturaufschwung nicht abgewürgt wird, weil Europa zur Nullität gezwungen wird. Denn wenn falsch gespart wird, trifft es immer zuerst die Industrie, die nicht mehr für den Auf- oder Ausbau der Infrastruktur arbeiten und produzieren kann.

Sorgen macht uns aber vor allem der schwindsüchtige Euro.

Unsere Industrie ist diesbezüglich vor eine besondere Herausforderung gestellt. Nach fast luxuriösen Jahren ist der Euro mit Kursen von 1.40 und weniger zum eigentlichen Margenkiller geworden. Dass es nicht noch schlimmer gekommen ist, haben wir der klugen Politik der Nationalbank zu verdanken. Ich glaube, sie hat getan, was sie in dieser schwierigen Situation tun konnte.

Gefordert sind aber vor allem wir Unternehmer selber: Wenn wir unsere Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als die Kosten zu senken. Das können wir, indem wir z.B. billiger einkaufen, das heisst, wenn wir uns direkt aus dem Euroraum bedienen. Damit treffen wir aber unsere einheimischen Zulieferer.

Gleichzeitig gilt es, die Exporte in den Dollarraum konsequent zu steigern. Das heisst, wir müssen neue Märkte erobern. Go East, young man, heisst es heute, vielleicht auch go South. Die Zukunft liegt im Orient, in China, in Indien, in Russland und andern osteuropäischen Staaten, sie liegt auch in Südamerika, vor allem in Brasilien.

Aber das ist leichter gesagt als getan. Erstens sind wir nicht die einzigen, die ihre Zukunft im Osten suchen. Längst haben andere entdeckt, dass in Indien und China, aber auch in Südamerika und Russland, die besten Zuwachsraten zu erzielen sind. Wir treffen also auf harte, internationale Konkurrenz.

Zweitens kann man Produkte, die man für den europäischen Markt konzipiert hat, nicht einfach in den Osten schicken. Die dortigen Märkte verlangen teils eben andere Produkte. Das erfordert Anpassungen. Und das geht auch nicht von heute auf morgen. Das geht nicht so schnell, wie man einen Lichtschalter umkippt.

Drittens braucht es eine gewisse Grösse, um in einem neuen Markt Fuss fassen zu können. Auch wenn der Osten lockt, der grosse Sprung will gut geplant sein.

Und last but not least: Geschäften in anderen Kulturen muss gelernt sein. Das ist nicht einfach, aber wer ist denn besser dazu geeignet als die Schweiz mit ihrer Internationalität, ihrer Sprachvielfalt und Multikulturalität. Wir haben Erfahrung und Tradition. Unsere Geschichte zeigt es: Bereits im 19. Jahrhundert haben unsere Industrie- und Dienstleister international erfolgreich Fuss gefasst.

Sie sehen, Kunden kann man nicht wechseln wie das Hemd, es braucht ein bisschen mehr.

Natürlich stellen wir uns diesen aktuellen Herausforderungen. Nur – vor allzu optimistischen Erwartungen möchte ich hier und heute warnen.

Wir werden, meine Damen und Herren, noch länger mit dieser schwierigen Lage leben müssen.

Gesamtarbeitsvertrag

Da sind wir natürlich froh, wenn wir an einer andern Front keine Probleme haben, an der Betriebsfront – nota bene: sie ist eben keine und darf auch keine werden!

Heute haben unsere Mitgliedfirmen einstimmig entschieden, den bestehenden Gesamtarbeitsvertrag, der nun seit viereinhalb Jahren gültig ist und per Ende Jahr ausläuft, um weitere zweieinhalb Jahre zu verlängern.

Es ist ein Entscheid der Vernunft und ich meine, ein weiser Entscheid. Denn das letzte, was wir in einer schwierigen Situation brauchen können, sind blockierende Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz.

Natürlich ist auch dieser Entscheid ein Kompromiss: Jeder der insgesamt sechs Sozialpartner hätte gerne dieses oder jenes mehr gehabt, dieses oder jenes geändert.

Dass wir nun aber alle auf langwierige und möglicherweise lähmende Neuverhandlungen verzichtet haben, ist ein Zeichen der Reife. Ein Zeichen auch, dass wir die Sozialpartnerschaft und damit die lange Tradition des vor über 70 Jahren abgeschlossenen Friedensabkommens ernst nehmen.

Ein starkes Zeichen auch der Stabilität für unsere immer noch intakten Rahmenbedingungen. Ein überzeugendes Zeichen zudem, dass heute die Prioritäten anders gesetzt werden müssen.

Ich bin nämlich mehr und mehr überzeugt, dass wir unsere ganze ungeteilte Stärke brauchen, um der Konkurrenz auf dem Weltmarkt weiterhin erfolgreich die Stirne bieten zu können. Basis für diese Stärke ist ein gutes Verhältnis zwischen den Sozialpartnern, Grundlage ist der Gesamt-Arbeitsvertrag als Garant des Arbeitsfriedens.

Ich bin überzeugt, dass wir heute auch auf arbeitsrechtlicher Ebene bekräftigen, dass unsere Industrie gut aufgestellt bleibt, dass sie aus arbeitsrechtlicher Sicht ein attraktiver Arbeitsplatz ist, vor allem auch für all die jungen Leute, denen wir heute sagen, es ist eine gute Wahl, in unsere Berufsfelder einzusteigen.

Gleichzeitig gilt immer noch: Eine Vollkasko-Mentalität untergräbt die Eigenverantwortung und macht unser Sozialsystem teuer und schwerfällig, um ein Zitat eines sozialdemokratischen Bundesrates aus den 70er Jahren zu zitieren.

Lassen Sie mich damit zum eigentlichen Thema unseres Tages kommen, der Frage der Rohstoff-Zukunft.

Rohstoffe

Lassen Sie mich mit der herkömmlichen Wahrnehmung von Rohstoff und einem ausgesuchten konkreten Beispiel ins Thema einführen:

In Europa sind mehr als 35 % der industriellen Wertschöpfung vom Stahl abhängig. Keine Brücke, kein Hochhaus, keine Auto-, Baumaschinenproduktion wäre berechenbar, wenn der Erz- und damit der Stahlpreis sich ständig ändert und zum Spielball von Spekulanten wird. Allein seit Januar haben sich die Eisenerzpreise um 53% erhöht. Diese spekulativen Preisentwicklungen öffnen weiteren Spekulationen und Manipulationen Tür und Tore. Eine gewaltige Blase auf den Rohstoffmärkten bildet sich heran, die für die Weltwirtschaft wie die Immobilienkrise fatale Konsequenzen haben kann. Hedgefonds und Investmentbanken treiben den Markt, man wittert Milliarden Gewinne. Angesichts der Inflationsgefahr ist eine Flucht in Rohstoffe zu sehen. Preise werden hochgetrieben, von der Realwirtschaft und vom realen Verbrauchshintergrund abgekoppelt. Nehmen Sie das Beispiel Nickel. Von Spekulanten und Banken werden 30mal mehr an den Märkten umgeschlagen, als in der Produktion gebraucht wird. Die Preise schwanken zwischen 10'000 und 55'000 Euro. Der aktuelle G-20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Toronto setzt das Thema auf seine Traktandenliste und fordert einen fairen und nachhaltigen Ausgleich zwischen rohstoffverarbeitenden und rohstoffproduzierenden Nationen. Wir reden aktuell von Bonisteuern. Dabei müsste der Handel mit Rohstoffderivaten wie er von Hedgefonds und Investmentbanken betrieben wird, ebenso dringend ins Visier genommen werden. Rohstoffspekulation kann für die Weltwirtschaft zu einer ernsthaften Bedrohung führen.

Wir brauchen Rohstoffe, um mit ihnen zu arbeiten, um aus ihnen Neues herzustellen zum Wohl der Gesellschaft. Dass wir dabei auch etwas verdienen wollen, ist klar. Aber mit der Veredelung von Rohstoffen geben wir auch anderen etwas zu verdienen – mehr noch: Wir geben unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Arbeitsplätze und damit einen Sinn. Wer auf Industrie und ihre Arbeitsplätze verzichtet, verewigt hohe Arbeitslosigkeit, meinte einst Ludwig Erhard.

Der Kampf um Rohstoffe wird härter. Dies mit jedem Tag, an dem die einstigen Entwicklungsländer mehr und besser auf eigenen Füßen stehen, ihre Wirtschaften unabhängiger werden vom Ausland und damit fähiger, die eigenen Marktbedürfnisse zu decken. Diese Länder brauchen dringend Nachschub an Rohstoffen.

Ich habe es eingangs erwähnt: Die weltweite Nachfragekrise und die Eurokrise haben unserer Industrie arg zugesetzt. Und als ob das nicht genug wäre, wird der Zugang zu den Rohstoffen noch täglich schwieriger. Dabei ist der Preis nicht einmal das entscheidende. Denn wenn die Preise für alle steigen, ist das zwar ärgerlich, aber wenigstens bleiben die Konkurrenzverhältnisse die gleichen. Es wird überall teurer.

Aber es ist eben oft der Zugang zu den Rohstoffen, der schwieriger bis unmöglich wird. Ärmere Länder sehen darin einen Hebel, um der Ungerechtigkeit, die in ihren Augen besteht, abzuhelfen. Rohstoffe werden zum Pfand, ja zum eigentlichen Druckmittel.

Mit der Gründung des GATT und der WTO ist es gelungen, in den letzten 60 Jahren weltweit zahlreiche Handelshemmnisse abzubauen und so Freiheit und Wohlstand zu schaffen. Aber gleichzeitig wurden

neue Barrieren gebaut, die aufs Neue den Marktzugang einschränken. Ich denke da an Gesetze und Vorschriften aus dem Gesundheits- oder Umweltbereich, vordergründig da, um die Welt und die Menschen vor Schäden zu schützen, hintergründig aber mit der Wirkung, dass nicht mehr alle Marktteilnehmer die gleich langen Spiesse haben. Hier muss die Politik aktiv werden. Freihandelsabkommen sind sicher gute Lösungsansätze, denn sie regeln individuelle Bedürfnisse zwischen einzelnen Staaten. Allerdings wird das Aushandeln von Freihandelsabkommen zusehends schwieriger und komplexer. Was China, die USA und die EU schon lange tun, sollte auch für unser Land möglich sein: mit jenen Staaten Abkommen zu schliessen, die hinsichtlich gewisser Rohstoffe wichtig sind für die Schweiz.

Massnahmen sind auch in einem andern Feld gefordert, dort nämlich, wo sich oligopolartige Firmenkonglomerate bilden, die mit ihrer Vormachtsstellung den Markt so beherrschen, dass eigentliche Verzerrungen entstehen. Auch hier ist die WTO gefordert als Organisation, die für einen freien Welthandel sorgen muss. Diesbezüglich werden wir heute sicher noch einige interessante Ausführungen hören, wenn nach der Pause Rufus Yerxa, stellvertretender Generaldirektor der WTO, das Wort ergreifen wird.

Aber wir können die Lösung der Probleme nicht einfach an andere delegieren, auch wir müssen unseren Teil dazu beitragen, unsere Chancen der internationalen Zusammenarbeit nutzen. Weltweit, aber auch in der EU, nimmt die Rohstoffpolitik eine zentrale Bedeutung ein. Lesen Sie jeden Tag die Schlagzeilen: Afrika, Südamerika, Asien, China, Russland, Kaukasus, Europa, Rohstoffausen- und Aussenwirtschaftspolitik, Rohstoffsicherheitspolitik, sind die beherrschenden Themen. Für die NATO, die führenden Grossmächte dieser Welt ist der Zugang zu Rohstoffen ein prioritäres strategisches, sicherheitspolitisches Bedürfnis.

Es wäre aber verantwortungslos oder gar zynisch, über die Rohstoff-Zukunft zu reden, ohne sie in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Zwei Aspekte stehen da für mich im Vordergrund, die Frage des gerechten Zugangs und die Frage des ökologischen Umgangs mit Rohstoffen.

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat es in seinem vor vier Jahren erschienenen Buch «Die Chancen der Globalisierung» klar dargelegt: Oft kommt es vor, dass Rohstoff-Reichtum ein Land zerrüttet und arm macht. Dies dann, wenn herrschende Eliten versuchen, Rohstoff-Rechte so an ausländische Unternehmen zu vergeben, damit sie selber an der Macht bleiben. Andererseits lassen sich auch an sich korrekte Regierungen über den Tisch ziehen. Nicht nur, dass ihre Länder nicht das erhalten, was ihnen eigentlich zustehen würde, oft müssen sie gleich noch für angerichtete Umweltschäden aufkommen.

Womit ich beim zweiten Punkt wäre: Hoher Bedarf, Rohstoff-Boom und das Streben nach grösstmöglichem wirtschaftlichen Erfolg führen oft zu einem ökologischen Desaster.

Im Golf von Mexiko laufen wegen mangelndem Risikomanagement und fehlender Sicherheit Millionen Tonnen Öl ins Meer, verschmutzen ganze Küstenstrände, zerstören riesige Tierwelten und produzieren so die grösste Umweltkatastrophe der Geschichte. Die Folgen sind unabsehbar. Für die Natur, aber auch für die Wirtschaft.

Oder: Peru beispielsweise verzeichnet ein jährliches Wachstum von gegen 10%. Diesen makroökonomischen Erfolg verdankt das Land dem Rohstoffboom von Kupfer, Blei und Zink. Es wäre prüfenswert, ob die geförderten Rohstoffe nicht eine Art Nachhaltigkeits-Label bekommen sollten, wie dies beispielsweise bei den Diamanten durchgesetzt werden musste.

Hier gilt, was ich auch in Sachen Finanzen schon gesagt habe: Habgier ist der grösste Feind eines nachhaltigen Wachstums. Dass unter diesen Umständen der Ruf nach globaler Regulierung aufkommt, ist sehr wohl nachvollziehbar. Geregelt sein soll nicht nur der möglichst freie Zugang zu den Rohstoffen, gescheite Regeln sollen auch einen möglichst nachhaltigen Umgang mit ihnen garantieren. Wir haben schliesslich nur eine Welt und die haben wir unseren Nachkommen einigermassen intakt zu übergeben.

Bildung

In der Schule haben wir alle gelernt: Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Land, der einzige Rohstoff ist unser Kopf. Und wir alle in diesem Land sind überzeugt, dass kluge Köpfe, dieser entscheidende Rohstoff, die Basis für unseren heutigen Wohlstand legten und das auch in Zukunft tun müssen. Unser duales Bildungs- und Berufswesen, Fachhochschulen, ausgezeichnete Bildungsinstitutionen wie die ETH's in Zürich oder Lausanne, die Weltruf haben, sorgen für Rohstoffe mit Zukunft. Ich sage es auch an dieser Stelle wieder. Wir müssen Sorge tragen zu unserem dualen System, wir müssen es pflegen und ausbauen. Vor allem müssen wir einer Ver-Akademisierung unserer Industriebereufe eine klare Absage erteilen. Denn nur eine bodennahe Ausbildung garantiert in unserer von kleineren und mittleren Unternehmen geprägten Volkswirtschaft den Erfolg. Das duale Bildungssystem garantiert auch, dass nicht in den Wolken und am Markt vorbei entwickelt und produziert wird, denn hier treffen sich Theoretiker und Praktiker, um das beste und damit im wahrsten Sinne des Wortes, das realistischste Produkt zu entwickeln.

Natürlich hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Krisenmonaten ein wenig entspannt. Die Nachfrage an technischen Fachkräften, an Ingenieurinnen und Ingenieuren, ganz allgemein an Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftlern ist aber nach wie vor grösser als das Angebot. Und bereits jetzt, wo der Markt wieder anzieht, bereits jetzt wird es auf der Suche nach gutem Personal wieder schwieriger. Und die Demographie gibt vorerst wenig Anlass zur Hoffnung auf bessere Zeiten, im Gegenteil.

Wir haben vor einem halben Jahr unsere Nachwuchs-Initiative «Tecmania» lanciert, die unseren Jungen auf attraktive Weise die Herausforderungen und die Faszination unserer Industrie aufzeigen soll. Dass wir «Tecmania» in einer Zeit gestartet haben, wo das Wort Krise in aller Munde war, unterstreicht zusätzlich unseren Glauben an unsere Zukunft.

Selbst mit all diesen Anstrengungen wird es uns nicht gelingen, den «war for talents» nur mit einheimischen Jugendlichen zu gewinnen. Die Schweiz wird von ausländischen Studierenden abhängig sein und bleiben. Wir dürfen sie aber nicht nur ausbilden und dann ziehen lassen; wir müssen ihnen eine spannende und erfüllende Tätigkeit auf unserem Werkplatz anbieten.

Ich habe es klar und deutlich gesagt: Unsere Industrie – und damit die ganze Schweizer Wirtschaft – steht vor grossen Herausforderungen. Auch wenn der Euro sinkt und die Rohstoffpreise steigen, unsere Industrie ist im Stande, diese Schwierigkeiten zu bewältigen.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Die Schweiz ist als Wirtschaftsstandort nur dann erfolgreich, wettbewerbs- und zukunftsfähig, wenn Werk- und Finanzplatz eng und vertrauensvoll miteinander zusammenarbeiten. Aber mit gemeinsamen Werten wie Glaubwürdigkeit, Augenmass, und vor allem Vertrauen in uns als Partner und in die Qualität unserer Produkte und Dienstleistungen. Das sind letztlich die Grundlagen unseres günstigen Standorts und unserer Wettbewerbsrahmenbedingungen. Gerade in schwierigen Zeiten. Zudem ist ja Kapital auch ein besonderer Rohstoff, auf den die Industrie und ihre Zukunft angewiesen sind.

Wichtig ist vor allem eines: Wir dürfen uns nicht dem verschliessen, was von aussen kommt. Im Gegenteil, wir müssen offen bleiben gegenüber neuen Entwicklungen und neuen Ideen. Zukunft hat immer auch mit Herkunft zu tun. Die Schweizer Wirtschafts- und Industriepioniere, unsere Traditionen und unsere Wirtschaftsgeschichte zeugen davon, dass trotz schwierigen Umständen und Problemen die Industrie immer wieder über Persönlichkeiten verfügt hat, um gangbare Wege und Brücken in die Zukunft zu bauen. In unseren tausenden Betrieben, grosse und KMUs sind hundertausende Menschen täglich daran, mit Mut, Innovationskraft, mit allen uns zur Verfügung stehenden Rohstoffen Zukunft zu schaffen. Menschen, die den Mut auch trotz Niederlagen und Misserfolgen nicht verlieren, immer wieder nach vorne schauen und durchhalten. Ich schliesse mit einem Zitat des weltbekannten Zukunftsforschers Alvin Toffler: «Was uns auf dem Weg ins Zeitalter der nächsten industriellen Revolutionen widerfährt, können wir nur verstehen, wenn wir die Beschleunigungsprozesse kennen und den Begriff der Vergänglichkeit erfassen.»

Wir glauben an die Zukunft, wir glauben auch an die Zukunft der Industrie und des Werk- und Denkplatzes Schweiz. Deshalb haben wir unsere jährlichen Industrietage immer unter diesen Titel gestellt. Damit ist der Industrietag selbst zu einer erfolgreichen nationalen Plattform geworden. Einer Plattform mit Zukunft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Zürich, 24. Juni 2010

Weitere Auskünfte erteilt:

Swissmem Kommunikation
Kirchenweg 4, CH-8008 Zürich
Tel. 044 384 41 11
Fax 044 384 42 42
E-Mail: presse@swissmem.ch